

PRESSEERKLÄRUNG vom 07.11.2016 6/16

„Schulen sind Schlüsselorte gelingender Integration“

allerdings muss das Land Sachsen-Anhalt die nötigen Rahmenbedingungen schaffen

„Schulen sind Schlüsselorte gelingender Integration“, ist der Ausspruch der Staatssekretärin Koch-Kupfer am Politiklehrtag Sachsen-Anhalt 2016, laut Presseerklärung des Ministeriums für Bildung vom 02. November 2016.

Diesen Ausspruch kann der Sekundarschullehrerverband nur unterstreichen.

Am 04. August 2016 informierte der Bildungsminister Marco Tullner zum Schuljahresstart 2016/17 die Presse über Ziele und Herausforderungen, u.a. über „Integration / Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“.

„.....Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in Schule und Gesellschaft ist das Erlernen der deutschen Sprache. Daher wird in der Schule eine besondere Sprachförderung im Fach Deutsch vermittelt.“ „.....werden wir ca. 250 Sprachlehrer zusätzlich an den Schulen in Sachsen-Anhalt im Einsatz haben,“ erklärte Minister Tullner. **„Ziel ist es mittel- und langfristig die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sowohl für die aufnehmende Schulgemeinschaft als auch für die Flüchtlingskinder eine fördernde Beschulung organisiert werden kann,“ sagte der Bildungsminister.**

Der augenblickliche Stand ist, dass offiziell 50 Sprachlehrer einen unbefristeten Vertrag erhalten, die restlichen aber wie vereinbart, zum Jahresende 2016 nicht weiter beschäftigt werden sollen. Leidtragende in unserem Bildungssystem sind jetzt nicht mehr allein unsere Inklusionskinder (hier wurden die Rahmenbedingungen nicht verbessert, sondern mit dem Unterrichtsorganisationserlass, am 01.08.2015 in Kraft getreten, verschlechtert), sondern die Probleme verschärfen sich jetzt zusätzlich für die Flüchtlingskinder. Kein Kind, viele haben vorher noch nicht einmal eine Schule besucht, kann innerhalb einer Zeitspanne von vier Monaten die deutsche Sprache so erlernen, dass es mündlich und schriftlich dem regulären Unterricht folgen kann.

Eine erfolgreiche Integration in Schule und Gesellschaft, wie es sich auch das Ministerium für Bildung wünscht, ist damit für die meisten Flüchtlingskinder nicht gegeben.

Die Landesvorsitzende, Claudia Diepenbrock, fordert deshalb eine Verlängerung der befristeten Verträge von Lehrerinnen und Lehrern mit dem Unterrichtsfach Deutsch als Zweitsprache für zunächst zwei Jahre, damit die Schulen eine Planungsgrundlage und die Flüchtlingskinder Grundkenntnisse im Fach Deutsch erhalten.

„Undurchdachte Integrationsmaßnahmen und Konzeptlosigkeit führen letztlich nicht zum Erfolg und bergen die Gefahr der Entwicklung von Parallelgesellschaften“, so der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm (VDR-Presseerklärung vom 30. November 2015).